Nacht-Telegramme.

Paris, 29. Januar. Im Senat wurde bei der Wahl eines lebenslänglichen Senators an Stelle Montalivets eine absolute Majorität von 120 Stimmen nicht erzielt. Es erhielten der Candidat der Linken Broca 120, die Candidaten Bedoland 118, Lacherot 11 und Bourbaki 1 Stimme. Die erforderliche Stichwahl findet nächsten Donnerstag statt. Die Kammer nahm mit 208 gegen 199 Stimmen Artikel 7 des Vereinsrecht-Gesetzes in Fassung der Regierungsvorlage an, wonach alle Clubs verboten bleiben.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Mitredacteur: Dr Emil Bierey. Für das Feuill.: Ludwig Hartmann. Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Heinrich Pohlenk in Dresden.

Inserate werden Marienstraße 18 bis Abds. 6 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postvorsendung. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Koppel & Co., Bankgeschäft, Schloss-Strasse 14, gegenüber der Sporergasse. An- und Verkauf aller Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltliche Controle der Verloosung aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege. Domicilstelle für Wechsel.

Ballfächer in grösster Auswahl verkaufe wegen vorgerückter Saison zu sehr ermässigten Preisen Bernhard Schäfer, 49 Pragerstrasse 49.

Nr. 30. 25. Jahrg. 1880. Witterungsaussichten: Wenig Aenderung. Dresden. Freitag, 30. Januar.

Politisches.

Was zwischen dem deutschen Kronprinzen und dem Fürsten Bismarck in ihrer zweistündigen Unterredung vorgegangen ist, wird wohl das Geheimniß einiger weniger Eingeweihter bleiben. Der Kronprinz ist im Begriff, seine in Pegli bei Genua weilende Gattin und Kinder heimzuführen. Allerdings würde die Kronprinzessin nicht direkt nach Potsdam zurückkehren, sondern ehe sie in die Nähe ihrer Schwiegermutter tritt, zunächst ihrer Mutter in England einen längeren Besuch abstatten. Bismarck verläßt seine Einsiedelei in Pommern, um den Kronprinzen vor dessen längerer Abwesenheit noch einmal zu sprechen; der Kronprinz kommt von Potsdam nach Berlin, um sich von Vater und Kanzler zu verabschieden; der kaiserliche Salonwagen steht auf dem Bahnhofe, um den hohen Reisenden für seine Fahrt über die Alpen aufzunehmen; die Lokomotive ist geheizt, mehrere hohe Offiziere, darunter Marschall Moltke, sind bereits auf dem Bahnhofe, um sich von dem Kronprinzen zu verabschieden — auf einmal erscheint ein anderer Marschall, der Reisemarschall Baurath Schwabe, und theilt den Erstaunten mit: der Kronprinz habe eine höchst wichtige Unterredung mit Bismarck gehabt, sei dann zum Kaiser geeilt und verschiebe nun seine Reise. (Auch am Mittwoch hatte der Kronprinz eine zweite lange Conferenz mit Bismarck). Besonders wichtige Thatsachen müssen diesen Aufschub bewirkt haben. Das ferner stehende Publikum ist nur auf Vermuthungen angewiesen. Spielten die Familienverhältnisse des hohen Fürstenhauses mit? Fast möchte man es glauben, da der Kronprinz nunmehr nicht den direkten Weg über München wählt, sondern erst einen Umweg zu seiner Schwester, der Großherzogin von Baden, über Karlsruhe macht. Oder sind die Meinungsdifferenzen über verschiedene Fragen der Politik, die notorisch zwischen ihm und dem Reichskanzler schweben, schärfer hervorgetreten? Oder erforderte die allgemeine europäische Lage, die Wirkung der Militärvorlage auf die fremden Mächte, einen längeren Aufenthalt des künftigen deutschen Kaisers in Berlin? Das Publikum hat die Auswahl. Zu warnen ist das Publikum vor dem Glauben an die Darstellung, welche die offiziösen Federn solchen Dingen geben.

Davon erlebt die Welt jetzt wieder ein recht ergötzliches Beispiel. Was hat die Berliner Reptilienpresse gegen das letzte Ministerium Mac Mahons gewettert! An den Ministern, den Herzögen von Broglie und Decazes wurde kein guter Bissen gelassen. Diese Männer des 16. Mai waren die leibhaftigen Gottseibeiunse. Wenn die von ihnen ausgeschriebenen Wahlen zu dem jetzigen Parlamente einen klerikal-konservativen Charakter tragen und einen monarchischen Staatsstreich erleichtern würden, so hieß es, stehe der Krieg mit Deutschland bevor. Jetzt plaudert einer der inzwischen gestürzten Minister, der Herzog von Decazes, im „Figaro" nachträglich aus der Schule und weist an der Hand von Dokumenten nach, daß alle Mächte ohne Ausnahme, Deutschland vor Allem, dem Kabinet des 16. Mai ihre volle Sympathie entgegen getragen hätten. Ein hochgestellter Franzose, der damals durch Baden-Baden kam, wurde sogar vom deutschen Kaiser und der Großherzogin beauftragt, dem Marschall Mac Mahon auszurichten, wie sehr man deutscherseits wünsche, daß die Wahlen im Sinne der damaligen Gewalthaber Frankreichs (also gegen die jetzt herrschende demokratische Richtung) ausfallen möge. Nun halte man dagegen die feierlichen Glückwünsche der Diplomatie, speziell der deutschen, und die Jubelartikel der Berliner offiziösen Presse, als ein so entschieden republikanisches Ministerium, wie das Freycinets, eingesetzt wurde. Rabbi, wo ist Wahrheit? Es ist eben ein Widerspruch in sich selbst, daß in Deutschland dieselben Kreise, denen jeder freiheitliche Ausbau der vaterländischen Verfassungen ein Gräuel ist, sich für die demokratische Republik in Frankreich begeistern. Der deutsche Kronprinz mit seinem geraden Soldatengemüthe sähe consequenter Weise gewiß einen legitimen König lieber über Frankreich herrschen, denn einen Advokaten als demokratisches Mehrheitsgeschöpf den Präsidentenstuhl einer Republik einnehmen. Die politische Klugheit rathet ihm aber durch den Fürsten Bismarck an, Menschen und Dinge zu nehmen wie sie sind und sich zu der demokratischen Republik der Franzosen auf möglichst guten Fuß zu stellen. Wenn der Kronprinz auf seiner italienischen Reise mit seiner Schwester, der Großherzogin in Karlsruhe, conferirt haben wird, dann bringt gewiß die „Nordd. Allgem." einen Artikel, der alle jene Enthüllungen des „Figaro" dementiren soll.

Die deutsche Militärvorlage wird im Reichstage ziemlich glatt durchgehen. Das zu wissen, bedarf es keiner erheblichen Prophetengabe. Von einer irgendwie starken Volksbewegung gegen die neue Belastung machen sich nirgends Anzeichen sichtbar. Fürst Bismarck wird kaum nöthig haben, das Schwergewicht seiner Person behufs Durchsetzung des Militärgesetzes in die Waagschale zu legen. Am Allerwenigsten bedarf es der Ernennung des Herrn v. Bennigsen zum Finanzminister. Die Sache geht auch so, ohne daß das deutsche Reich noch außerdem mit einer Wiederholung nationalliberaler Regierungskunststücke beglückt würde. Es wird dem Reichstage vorgerechnet werden, daß im Frieden Rußland 575,000 Mann, Frankreich 490,000, Italien 206,000, Oesterreich 255,000 Mann unter den Fahnen hält, daß also Deutschland mit 426,000 Mann noch eine recht bescheidene Ziffer darstellt. Man wird weiter darthun, daß Frankreich jährlich 150,000 Rekruten mit 20jähriger Dienstzeit, Italien 160,000 mit 19jähriger, Oesterreich 95,000 mit 12jähriger, Rußland 180,000 mit 25jähriger Dienstzeit einstellt, sodaß Deutschland, wenn es 150,000 Mann Rekruten für das Heer und ebensoviel für die Ersatzreserve mit 12jähriger Dienstzeit einstellt, sich in mäßigen Grenzen hält. Wer an diesen Ziffern noch nicht genug hat, den schmettert folgende Parallele nieder: das deutsche Militärbudget beträgt nach der Erhöhung 1342, das französische 2400, das russische 2150 Mill. Mark. Die Erhöhung des Militäretats beträgt im Jahre 40 Pf. pro Kopf der Bevölkerung; was wollen aber diese lumpigen 40 Pf. sagen, wenn man bedenkt, daß im Kriege jeder Tag mindestens 6 Mill. Mark kostet? Ist diesen Ziffern Widerstand zu leisten? Die Vernunft mag zehnmal einhalten: die Staatskunst muß zu einem allgemeinen Ruine führen, die solche Ziffern überhaupt erst herbeiführt; es wäre das edelste Ziel der Staatskunst, solche Ziffern zu beseitigen, aber zunächst werden sie ihre brutale Logik zur Geltung bringen. Und wer eine Ahnung von der Allmacht des militärischen Geistes hat, der jetzt im Herzen Europas waltet, der weiß auch, daß alle Mahnungen, einen europäischen Friedenstraktat wie den des Wiener Congresses, der Europa einen Frieden von 40 Jahren verbürgte, herbeizuführen, nur ein Hohnlächeln hervorlocken wird. Es wäre enorm viel gewonnen, wenn die 2jährige Dienstzeit als Bedingung der Bewilligung durchgesetzt würde. Hierfür erklärten sich nicht blos Blätter aller Parteien, auch der strengconservative „Reichsbote", sondern gediegene Fachmänner. Der preußische Oberstleutnant v. d. Goltz hat die Möglichkeit derselben in einer Reihe von Artikeln schlagend bewiesen; er wurde zwar zur Strafe für diesen Nachweis von Breslau auf einen untergeordneten Posten nach Dessau versetzt, aber damit hat man ihn nicht widerlegt.

Die Einberufung des Reichstages erfolgt ziemlich zeitig. Die wichtigsten Partikularlandtage sitzen noch bis über die Ohren in Arbeiten. Der sächsische Landtag wird ruhig sein Pensum aufarbeiten, der preußische vielleicht vertagt werden. Von dem letzteren ist es zu übersehen, daß er die Mehrzahl der ihm gewordenen Vorlagen halbfertig, oft kaum angefangen liegen läßt. Außer dem Budget und den Eisenbahnankäufen hat er kaum etwas Nennenswerthes geleistet. Die vielgerühmte Verwaltungsreform verläuft wie die Königin von Saba im Sande. Kein Wunder, daß die dortigen Volksvertreter ohne Begeisterung in den Reichstag übersiedeln. Im Landtage Milliarden Schulden gemacht, im Reichstage die Militärlasten erhöhen und Millionen neue Steuern aussinnen, dabei aber keine Fortschritte in den unfertigen inneren Zuständen — wo soll da der Lebensmuth herkommen? Für den Reichstag ist nämlich ein ganzes Steuerbouquet geplant: nicht nur Brausteuer, Börsen-, Quittungs- und Inseratensteuer, sondern auch eine Wehrsteuer. Bezüglich der letzteren scheint man auf den Versuch zurückgreifen zu wollen, der bereits vor etlichen Jahren in gleicher Richtung gemacht wurde, aber damals im Bundesrathe scheiterte. Damals sollte jeder Berechtigungsschein zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst mit 20 Mark und jede sonstige Befreiung vom Dienst, soweit sie nicht auf Grund körperlicher Gebrechen erfolgte, mit derselben Summe besteuert werden

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 29. Januar. Das Abgeordnetenhaus genehmigte eine Reihe kleinerer Gesetzentwürfe, darunter den Nachtragsetat über die Polizeiverwaltung von Berlin, den Kanal Zehdenick-Liebenwalde, die Kanalisirung des Mains von Frankfurt bis Mainz und die Vorlage über Besteuerung des Wanderlagerbetriebs.

Breslau, 29. Januar. Die Meldung der „Schlesischen Zeitung" betreffs Verhandlungen über Verstaatlichung der oberschlesischen Eisenbahn wird von dem Verwaltungsrath der betreffenden Bahn dementirt.

Minden, 29. Jan. Schlagende Wetter in der benachbarten Kohlenzeche Meißen haben heute früh die ganze angefahrene Mannschaft verbrannt; 1 Uhr Mittags waren 10 Todte und 9 Verletzte heraus, 5 wahrscheinlich todt noch in der Grube.

Wien, 29. Januar. Der bekannte Ritter von Ofenheim hat kurz bevor sein Reichstagsmandat kassirt werden sollte, dasselbe niedergelegt.

Pest, 29. Januar. Das Unterhaus lehnte den Antrag Mocsary auf Einsetzung einer Untersuchung wegen der Pester Straßenkrawalle und den Antrag des Grafen Apponyi auf Aussprechung eines Tadels wegen Unterlassung von Präventivmaßregeln ab und nahm mit überwiegender Mehrheit den Antrag an, sich bei den Erklärungen des Minister Tisza zu beruhigen.

Locales und Sächsisches.

— Se. Maj. der König und S. K. H. Prinz Georg begeben sich in Begleitung ihrer resp. Herren Adjutanten erst morgen früh gegen 8 Uhr und zwar mittelst Extrazuges vom böhmischen Bahnhofe aus zunächst nach Pirna und von dort behufs Abhaltung von großer Hofjagd nach Pratzschwitz bei Pillnitz. Die Rückkehr erfolgt morgen Nachmittag gegen 5 Uhr ebenfalls mittelst Extrazuges. Nach Eintreffen in der Residenz findet große Jagdtafel, unter Betheiligung einer bedeutenden Anzahl Jagdgäste, im königlichen Schlosse statt.

— Der zweite diesjährige große Hofball ward am Mittwoch Abend in den Paradesälen des kgl. Residenzschlosses abgehalten. Ihre Majestäten sowie die kgl. HH. Prinz und Prinzessin Georg, sowie Prinzessin Mathilde und Prinz Alexander zu Sachsen-Weimar wohnten dem Ballfest bei, zu welchem gegen 800 Einladungen ergangen waren. Das Musikcorps des 2. Grenadierregiments führte die Ballmusik aus.

— Ein für gewöhnlich gut unterrichtetes Wiener Blatt, die „Deutsche Ztg.", bestreitet, daß die bevorstehende Reise des Kronprinzen Rudolf von Oesterreich nach Dresden in irgend einer Verbindung mit dem Verlobungsprojekte stehe. Ob dieselbe dennoch erfolgt, muß man eben abwarten. Uebrigens theilt man uns mit, daß Kronprinz Rudolf die Prinzeß Mathilde doch einmal gesehen und gesprochen habe, nämlich als er voriges Jahr an der Tafel Sr. Kgl. Hoheit des Prinzen Georg speiste.

— Landtag. Die zweite Kammer berieth gestern verschiedene Kapital des Einnahme-Budgets (Ref. Abg. Oehmichen). Für Forsten und Jagd sind 116,200 Mk. weniger eingestellt als im vorigen Budget, was in den niedrigen Holzpreisen seinen Grund hat. Abg. Grimm verwandte sich für Holzverkäufe aus freier Hand anstatt des bisherigen Auctionsverfahrens. Abg. Miehnert wünschte, es möchten den an Waldungen gelegenen Gemeinden Beiträge zur Wegeunterhaltung gewährt werden. Finanzminister v. Könneritz erklärte, daß die Ursache des Rückganges der Forsterträgnisse nicht in den Auctionen, sondern in den billigen Holzpreisen in Ungarn und Galizien zu suchen sei. Uebrigens habe die Regierung in letzter Zeit größere Abschlüsse für Freihandverkäufe vollzogen. Abg. Dr. Heine erblickte einen wesentlichen Grund für den Rückgang der Staatsforstnutzungen in den Differentialfrachtsätzen, dank welcher fremde Hölzer billiger gefahren werden wie einheimische. Noch sei bemerkt, daß die Deputation einen Aufschwung der Forstnutzungen durch die neuen Zölle erwartet. Der Ueberschuß aus den Forsten wurde mit 6,572,400 Mk., aus den Kammergütern, Teichen rc. mit 477,982 Mk., aus den Kalkwerken mit 84,092 Mk., von Weinbergen und Kellereien mit 14,800 Mk. und von der Hofapotheke mit 14,900 Mk. Die meiste Zeit nahm von allen zur Verhandlung gekommenen Kapiteln das Elsterbad in Anspruch. Abg. Heger beantragte, daß der Preis für Mineralwasserbäder Nachmittags von 4 Uhr ab auf 80 Pf. herabgesetzt werde und zwar zu Gunsten Unbemittelter. Geh. Reg.-Rath Eppendorf entgegnete, daß sowohl für Freibäder wie für Ermäßigungen hinreichend Sorge getragen sei, worauf der Heger'sche Antrag abgelehnt ward. Wie auf vorigem Landtage, so forderte die Regierung auch diesmal wieder für den Badecommissar zu Elster eine Gehaltserhöhung von 900 Mk. Eine Deputations-Minderheit empfahl die Ablehnung. Geh. Rath Körner verwendete sich dafür. Abg. Kirbach: Die Gründe, die im vorigen Landtage gegen eine Gehaltserhöhung gesprochen, sprächen auch auch heute dagegen. Hier biete sich Gelegenheit zum Sparen. Ein Gehalt von 4350 Mark sei für die Stelle und die damit verknüpften Funktionen völlig ausreichend. Bei der großen Muße, die der Amtshauptmann von Oelsnitz habe, könnte dieser den Posten ganz gut mit versehen (Heiterkeit). Abg. Sieboth (Gemeindevorstand von Elster) bestritt, daß die Stelle eines Bade-Commissars zu Elster überhaupt überflüssig sei. Es handele sich um die Repräsentation. Der Amtshauptmann von Oelsnitz habe keineswegs die Zeit, um als Bade-Commissar mit thätig sein zu können. Darauf wurde die Gehaltserhöhung für den Bade-Commissar abgelehnt. Mehr Glück hatte der Gärtner von Bad Elster, dem eine Gehaltszulage bewilligt wurde, nachdem Geh. Regierungs-Rath Eppendorf das Ungeheuerliche in Aussicht gestellt hatte: der Mann werde sonst kündigen. Ein glänzendes Geschäft wird mit dem Brunnen-Versandtgeschäft gemacht: im Jahre 1878 kamen 61 Mark dafür ein. Die Regierung verlangt nun 3000 Mark zur Errichtung einer Brunnen-Füll- und Niederlagsräumlichkeit. Die Deputationsmehrheit empfahl Ablehnung. Abg. Heger sprach für einen rationelleren Betrieb des Versandts. Andere, minderwerthige Wässer seien in kurzer Zeit berühmt geworden. Auf eine Anfrage Hegers entgegnete Geh. Reg.-Rath Eppendorf, daß ein großes Handlungshaus mit der Regierung wegen Uebernahme des Mineralwässerversandts in Verhandlungen getreten sei, daß diese aber gescheitert wären, weil die Regierung nicht habe bieten können, was verlangt worden, namentlich Füllräume. Abg. Penzig will den ganzen Versandt einem Unternehmer übertragen wissen, der etwas dafür thun könne. Ohne Reklame sei heutzutage nichts zu machen. Wenn er sich mit einem Korbe frischer Markstücke auf den Markt setze und diese für 80 Pf. anbiete, so werde er doch kein einziges los, wenn nicht eine tüchtige Reklame vorausgegangen (Heiterkeit). Abgg. Sieboth, Dr. Heine und Dr. Krause befürworteten die Errichtung eines Füllraumes und nicht vergebens, 36 St. erhoben sich dafür und nur 28 dagegen. Während die Deputation die Petitionen auf Vermehrung der Moorbäder der Regierung blos zur Kenntnißnahme zu überweisen vorschlug, beantragte Abg. Heger zur Erwägung. Die Vermehrung der Moorbäder sei Bedürfniß. Auf den Zuruf: Modesache! entgegnete Redner, die Moorbäder seien ebenso zur Modesache geworden, als die Nervenkrankheiten, gegen die sie gebraucht werden. Geh. Rath Körner stellte für nächsten Landtag eine diesbez. Vorlage in Aussicht. Für die Moorbäder-Vermehrung sprachen noch Abgg. Dr. Krause, Sieboth und Dr. Heine, welch Letzterer Bad Elster für wichtiger als die — Pockenimpfung ansah. Abg. Kirbach vertrat den Sparsamkeitsstandpunkt und meinte, das seltene Einverständniß des Abg. Dr. Heine mit seinem Freunde Dr. Krause spreche nicht gerade für die Güte der Sache. Die Erwägung siegte schließlich mit 35 gegen 32 St. über die einfache Kenntnißnahme. Der Ankauf eines Wiesengrundstückes für Bad Elster wurde gegen 19 St. angenommen, nachdem Abg. Bunde dagegen, Sieboth dafür gesprochen. Der Regierung wurde die nachgesuchte Ermächtigung zum Ankaufe weiterer Grundstücke für Elster ohne vorherige ständische Genehmigung versagt. Der Ueberschuß von Bad Elster wurde schließlich mit 4905 M. eingestellt, der von der „Leipziger Zeitung" mit 17,708 M., von der Meißner Porzellanfabrik mit 220,000 M., vom Zaukerodaer Steinkohlenwerk mit 406,000 M., vom Kaditzscher Braunkohlenwerk mit 22,000 M., von der Landeslotterie mit 3,140,180 M. und von der allgemeinen Kassenverwaltung mit 1,130,000 M. bewilligt. Der Ertrag der „Leipziger Ztg." würde wesentlich höher sein, wenn davon nicht der Zuschuß, den das „Dresdner Journal" erfordert, davon abginge. Dieser Zuschuß beträgt 27,760 M. In der Deputation wurde die Frage ventilirt, ob das „Journal" nicht aufzuheben sei, doch wurde schließlich davon abgesehen. Beschlossen wurde: die Regierung solle auf eine Abminderung des Redactions- und Expeditions-Personals des „Dresdn. Journ." Bedacht nehmen. Bei der Porzellanfabrik wies Abg. Grahl auf die Concurrenz anderer Fabriken, namentlich eine Thonwaarenfabrik hier, die gute Geschäfte machen soll, nachdem sie von zwei früheren Arbeitern der kgl. Porzellanmanufaktur eine von denselben gemachte Erfindung gekauft habe, die erst vergeblich der Regierung angeboten worden. Finanzminister v. Könneritz sagte diesbezügliche Erörterungen zu. Betreffs der Landeslotterie erklärte Abg. Freytag, dagegen stimmen zu müssen, weil er keiner Regierung das Recht einräumen könne, irgend eine Leidenschaft zu fördern. Wie die 3 Millionen auf andere Weise beschafft werden sollen, darüber machte der Abgeordnete keine Vorschläge.

— Am Mittwoch beging ein Ehrenbürger unserer Stadt, der durch seine vielen hochherzigen Schenkungen allbekannte Herr Johann Meyer, seinen 80. Geburtstag. Auch diesen hat er wieder nicht vorübergehen lassen ohne eine großartige Schenkung. Die Stadtgemeinde empfing von ihm die Summe von 45,000 M. in preuß. 4proc. Consols mit der Bestimmung, daß deren Zinsen für alle Zeiten zur Unterstützung verschämter Armen verwendet werden. Am Morgen des Geburtsfestes beglückwünschten Namens des Rathes und der Stadtverordneten die Herren Oberbürgermeister Dr. Stübel und Hofrath Ackermann Herrn Part. Meyer.

— In der Amtshauptmannschaft Dresden ist die diesjährige Musterung der militärpflichtigen Mannschaften wie folgt angesetzt: den 13. und 15. März in Radeberg, den 16. und 17. März in Tharandt, den 18., 19., 20. März in Döhlen und vom 23. März bis mit 5. April in Dresden. Hierauf folgt ebenfalls in Dresden den 7. April die Loosung für den Aushebungsbezirk Tharandt und den 8. April diejenige für den Aushebungsbezirk Dresden (Land). Im Aushebungsbezirke Dresden (Stadt) ist die Musterung auf den 9. April bis mit 8. Mai und die Loosung auf den 10. und 11. Mai anberaumt.

— Der durch seine Thätigkeit im Gebirgsverein vielbekannte und geschätzte Forstrentamtmann Gretschel aus Schandau ist am 27. dies. wegen Unterschlagung und anderer Delikte an die hiesige Oberstaatsanwaltschaft eingeliefert worden.

SLUB Wir führen Wissen.